

der Einkommensdifferenz verwendete Gini-Koeffizient erhöhte sich von 0,277 auf 0,312. Ferner fiel das Einkommensverhältnis von bäuerlichen zu nichtbäuerlichen Familien im gleichen Zeitraum von 81,57% auf 78,7%. (Department of Statistics, Ministry of Economic Affairs, Taipei, März 1992, S.88) Nach Meinung mehrerer bekannter Volkswirtschaftler ist die Erweiterung der Einkommensschere in erster Linie auf die auswuchernden Grundstückspreissteigerungen durch Spekulationen zurückzuführen. (LHB, 2.3.92) -ni-

*(36)

Beschleunigung der Zollabfertigung

Taiwan beabsichtigt eine weitere Beschleunigung der Zollabfertigung für Importgüter. Nach einer Entscheidung des Directorate General of Customs besteht ab dem 1.6.1992 die Möglichkeit, Einfuhren noch vor der Zahlung eventueller Importzölle freizugeben.

Vorbedingung ist allerdings die Stellung entsprechender Sicherheiten durch die Importeure. Diese Leistungen können in Bargeld oder in Form von Festgeld- und Treuhandvermögens-Zertifikaten, staatlichen Schuldtiteln oder von Bankgarantien erfolgen.

Die beschlossene Maßnahme ist nach Darstellung der Zollbehörde zusammen mit der zum 8.11.1992 geplanten automatischen Luftfrachtabfertigung ein zweiter wichtiger Schritt, die Zollabwicklung modernen Erfordernissen anzupassen. Im Rahmen der Verbesserung der Abfertigung von Luftfrachteinfuhren können ab November Importeure direkt über Datenverarbeitungsanlagen mit den taiwanischen Zollbehörden kommunizieren statt, wie bisher, Zollmakler einzuschalten.

Für die Automatisierung der Seefrachtabfertigung ist als Stichtag der 8.11.1994 vorgesehen. (NfA, 2.4.92) -ni-

Hongkong und Macau

*(37)

44 Berater für Beijings Hongkong-Politik ernannt

Am 11.März haben das Büro für die Angelegenheiten Hongkongs und Ma-

caus unter dem chinesischen Staatsrat (Regierung) und die Hongkonger Niederlassung der amtlichen chinesischen Presseagentur Xinhua - die zwei zuständigen Stellen Beijings für Hongkong und Macau - offiziell 44 Persönlichkeiten aus Hongkong als Berater für die Angelegenheiten Hongkongs ernannt. An der feierlichen Ernennungszeremonie in Beijing nahmen Staatspräsident Yang Shangkun, Ministerpräsident Li Peng und zahlreiche andere führende Partei- und Regierungspolitiker Chinas teil. (XNA und SCMP, 12.3.92; DGB, 13.3.92) In der britischen Kolonie, die nach vertraglicher Vereinbarung zwischen London und Beijing aus dem Jahre 1984 Ende 1997 an China zurückgegeben wird, befürchten viele, daß Beijing durch diese Berater seinen politischen Einfluß in Hongkong noch während der vorliegenden Übergangsperiode ausweiten will.

Im Gespräch mit dem zu Besuch weilenden chinesischen Außenminister Qian Qichen am 9.März in London warf der britische Außenminister Douglas Hurd der chinesischen Regierung vor, mit der Ernennung der Berater einseitige politische Entscheidungen über Hongkong zu treffen und forderte die chinesische Führung auf, einen Dialog mit den Mitgliedern des Legislativrats von Hongkong zu führen. Qian versicherte, daß die Berater keine formelle Institution seien und auch kein "zweites Machtzentrum" in Hongkong bilden würden. (SCMP, 10.3.92)

In seiner Rede auf der genannten Ernennungszeremonie äußerte Ministerpräsident Li Peng seine Hoffnung, daß die Berater für den friedlichen Ablauf während der Übergangsperiode, für die reibungslose Übergabe der politischen Macht sowie für die Aufrechterhaltung der Prosperität und Stabilität Hongkongs Sorge tragen werden. Der Direktor des chinesischen Büros für die Angelegenheiten Hongkongs und Macaus, Lu Ping, brachte in seiner Rede zum Ausdruck, daß die Berater als Kanal zwischen der chinesischen Regierung und der Bevölkerung Hongkongs dienen, betonte aber, daß alle Berater im eigenen Namen und formlos Vorschläge machen würden, also kein Mandat hätten.

Skepsis und Besorgnis in der Hongkonger Öffentlichkeit waren damit allerdings nicht ausgeräumt, denn die 44

Berater unterhalten gute Beziehungen zu Beijing. Fast zwei Drittel von ihnen waren Mitglieder des Komitees für den Entwurf des chinesischen Grundgesetzes für Hongkong bzw. des Konsultativkomitees für den Entwurf des Grundgesetzes und ein Drittel waren Mitglieder des Chinesischen Nationalen Volkskongresses (CNPC) bzw. des Politischen Konsultativkongresses des Chinesischen Volkes (CPPCC). Zwar sind auch drei ehemalige Mitglieder und drei amtierende Mitglieder des Legislativrats von Hongkong vertreten, sie sind aber nicht direkt vom Volk gewählt worden. Die liberal-demokratischen Kräfte unter Führung der "United Democrats of Hong Kong" (UDHK), die einen kritischen Standpunkt gegen die chinesischen Kommunisten einnehmen, wurden trotz ihres überwältigenden Sieges in den historischen ersten Teilwahlen zum Legislativrat im letzten Jahr bei der Ernennung als Berater nicht berücksichtigt. Der stellvertretende Direktor der Hongkonger Niederlassung der Presseagentur Xinhua, Qin Wenjun, sagte, daß auch in Zukunft bei der Ernennung weiterer Berater diejenigen ausgeschlossen sein würden, die die kommunistische Regierung in Beijing "umstürzen" wollen. Er meinte dabei also die UDHK und ihre Verbündeten. Infolgedessen ist es fraglich, ob die Berater tatsächlich die Meinung der breiten Bevölkerungsschicht vermitteln können. (FEER, 26.3.92)

Es wird vermutet, daß Beijing die Bildung einer starken konservativen Partei unter den Beratern unterstützt, damit die aktiven liberal-demokratischen Gruppierungen bei den nächsten direkten Teilwahlen des Legislativrats 1995 abgedrängt werden können. (Zhengming, Hongkong, April 1992, S.72 f.) Denn Lu Ping hat zum Zeitpunkt der Ernennung der ersten Gruppe von Beratern zum erstenmal eine positive Einstellung Beijings zur Gründung chinafreundlicher Parteien in Hongkong geäußert. Dabei lehnte er allerdings solche Parteien ab, die sich für den Sozialismus in Hongkong einsetzen würden - Beijing hat sich sowohl im sino-britischen Vertrag von 1984 über die Übergabe von Hongkong als auch im Grundgesetz für Hongkong ab 1997 verpflichtet, das kapitalistische System in Hongkong für 50 Jahre aufrechtzuerhalten. (SCMP, 10. und 14.3.92)

Man vermutet aber auch, daß Beijing 1996 aus dem Kreis der Berater, der nun ständig erweitert werden dürfte, die Mitglieder eines Vorbereitungskomitees für die Bildung der ersten Regierung der Sonderverwaltungszone Hongkong unter chinesischer Souveränität rekrutieren wird. (NZZ, 29./30. 3.92; Juishi Niandai, Hongkong, 1992/4, S.20 f.) -ni-

*(38)

Macau mit Handelsdefizit

Macau hat 1991 im Außenhandel erstmals seit zehn Jahren ein Bilanzdefizit hinnehmen müssen. Zur Umkehrung des im Vorjahr verbuchten Positivsaldos (+1,3 Mrd. Pataca; Pat) in einen Fehlbetrag von 1,5 Mrd. Pat (ca. 320 Mio.DM) haben der leichte Exportrückgang und ein beträchtlicher Importanstieg beigetragen.

Offiziellen Angaben zufolge erreichten die Exporte 1991 eine Höhe von 13,3 Mrd. Pat (-2,3% gegenüber dem Vorjahr) und die Einfuhren von 14,8 Mrd. Pat (+20,3%).

Einbußen auf der Lieferseite waren bei Spielwaren (-42,6%) und künstlichen Blumen (-95,5%) zu verbuchen. In Grenzen hielt sich die Abnahme der Exporte von Textilien und Bekleidung (-1,3%), die traditionell führende Kategorie im Ausfuhrgeschäft. Eine geringfügige Erhöhung konnte bei den Verschiffungen von Schuhen, Lederwaren, Audio-Ausrüstungen und Optikerzeugnissen verzeichnet werden.

Bei den Einfuhren standen einer Steigerung der Bezüge von Kapitalausrüstungen (+68,4%) geringere Zuwächse der Importe von Konsumgütern (+34,8%), Brenn- und Treibstoffen (+11,7%) sowie Roh- und Zwischenprodukten (+6,6%) gegenüber. Im Hinblick auf die Hauptabnehmermärkte blieb Macau 1991 weiterhin auf die EG und die USA mit einem aggregierten Anteil von 69,9% am Exportwert ausgerichtet. Den führenden Absatzmarkt für macauische Lieferungen von 5,1 Mrd. Pat (+8,3%) bzw. anteilig 38,3% bildete die Gemeinschaft vor den USA mit 4,2 Mrd. Pat (-14,3%) bzw. 31,6%. (NfA, 30.3.92) -ni-

Margot Schüller

Der Wertpapiermarkt in China: Entwicklung, Probleme und Perspektiven

Im Schatten der politisch-ideologischen Auseinandersetzungen um Reforminhalte und Reformtempo vollzieht sich seit den letzten Jahren der Aufbau des Kapitalmarktes und insbesondere des Wertpapiermarktes in China mit einer erstaunlichen Geschwindigkeit. Um die Attraktivität staatlicher Anleihen für private Kapitalanleger zu erhöhen, wurden viele der an die individuelle Verfügung der Wertpapiere gebundenen Restriktionen aufgehoben. Ziel dieser Liberalisierungsschritte ist die Nutzung der relativ hohen Spar- und Bargeldguthaben der Bevölkerung, um den staatlichen Kapitalbedarf zur Finanzierung der geplanten Infrastrukturprojekte und des Haushaltsdefizits zu decken.

Mit der Eröffnung der nationalen Wertpapierbörsen in Shanghai Ende 1990 und in Shenzhen im Juli 1991 und der Erhöhung der Anzahl der börsen gemeldeten Aktien scheinen außerdem bestimmte Aspekte der in früheren Jahren bereits diskutierten Kapitalmarkt-, Unternehmens- und Eigentumsrechtsreformen wieder aufgenommen zu werden.

Im folgenden Beitrag sollen die bisherigen Schritte zur Entwicklung des Wertpapiermarktes als Teil des Kapitalmarktes in China untersucht werden. Da die Liberalisierung des Wertpapiermarktes in engem Zusammenhang mit dem wachsenden Haushaltsdefizit und Kreditbedarf der staatlichen Unternehmen und ihrer Modernisierung steht, erfolgt zunächst ein Blick auf die Entwicklung der Staatsverschuldung und die Krise der Staatsindustrie. Darüber hinaus werden das Sparverhalten der Bevölkerung und die Veränderung der Sparguthaben diskutiert. Anschließend soll der schrittweise Aufbau des Wertpapiermarktes bis Anfang 1992 nachvollzogen werden.

Die nähere Betrachtung der Wertpapierbörsen in Shanghai und Shenzhen soll sowohl die Funktionsweise dieser Börsen als auch die bisher aufgetretenen Probleme zeigen. Zum Abschluß werden die weiteren Perspektiven des Wertpapiermarktes in China erörtert.

1. Wachsender Kapitalbedarf des Staates

1.1 Steigende Haushaltsdefizite

In den letzten Jahren hat sich der Staatshaushalt zunehmend defizitär entwickelt. Während in der Periode des 6. Fünfjahresplanes (1981-85) der Anstieg der Einnahmen noch 11,5% und der Ausgabenanstieg 8,85% ausmachte, kehrte sich dieses Verhältnis in der folgenden Fünfjahresperiode um. So erhöhten sich die Einnahmen im Zeitraum 1986-90 lediglich um 9,6%, die Ausgaben stiegen dagegen jedoch um 10,7%. Wie der Tabelle 1 zu entnehmen ist, nahm gleichzeitig das akkumulierte Defizit von 12,12 Mrd. Yuan im 6. Fünfjahresplan (1981-85) auf 46,06 Mrd. Yuan im 7. Fünfjahresplan (1986-90) zu. Vor allem in den letzten fünf Jahren bis 1990 stieg die Finanzierungslücke im Haushalt von 7,05 Mrd. Yuan im Jahre 1986 auf 13,96 Mrd. Yuan im Jahre 1990 deutlich an.

Für das Jahr 1991 war in dem zunächst im Frühjahr vorgestellten Staatshaushalt ein Defizit von rund 15 Mrd. Yuan vorgesehen. Aufgrund der Mehrausgaben für die im Sommer 1991 von Überschwemmungen betroffenen Gebiete und eines damit verbundenen Rückgangs der Staatseinnahmen, aber auch aufgrund der weiteren Belastung des Haushalts durch staatliche Verlustunternehmen, stieg das tatsächliche Defizit auf rund 21 Mrd. Yuan.¹